



Nirit Sommerfeld am 26. März bei ihrem ersten Tacheles-Gespräch mit Eva Menasse im Smac-Café „Julius“. Foto: Andreas Seidel



Chemnitz

01.04.2026 | 18:00

Eklat um jüdische Gesprächs-Reihe in Chemnitz: Wie viel Tacheles ist erlaubt?



Von Susanne Kiwitzer

14.000 Euro sollte der Verein „Antonplatz“ für einen Beitrag zum jüdischen Jahr in Sachsen erhalten. Die Kulturstiftung zog die Förderung zurück. Die Begründung ist strittig.

Chemnitz. Für Nirit Sommerfeld ist der Entzug der Förderung durch die Sächsische Kulturstiftung ein Beispiel für „typisch deutschen und vorausseilenden Gehorsam“. Die deutsch-israelische Jüdin zog wegen der Kulturhauptstadt nach Chemnitz, eröffnete im Smac-Museum ein Café – und mischt sich ein. Aktuell mit der Reihe „Tacheles – Gespräche auf dem Goldenen Sofa“ über ihren Verein „Antonplatz“. Darin kommen neun jüdische Intellektuelle zu Wort, die die Politik der israelischen Regierung kritisieren.

Tacheles, Klartext reden, steht über dem sachsenweiten Themenjahr für „Jüdisches Leben in Kunst und Kultur“. Die Kulturstiftung fördert dabei über 90 Projekte mit insgesamt 1,2 Millionen Euro. Der Verein „Antonplatz“ sollte 14.000 Euro erhalten. Drei Tage vor dem Auftakt bekam Sommerfeld den Rücknahmebescheid. Begründung: Ein Vorstandsmitglied des Vereins „Antonplatz“ saß in der Stiftungsjury, die über die Förderung entschieden hat, und habe diese Befangenheit nicht offengelegt. „Stattdessen hat er sich sowohl an der inhaltlichen Diskussion als auch der sich daran anschließenden Abstimmung aktiv beteiligt“, heißt es.



Vergangenen Donnerstag wurde im Smac-Café Tacheles geredet über „Cancel Culture“ in der Debatte um Israels Regierungspolitik. Foto: Andreas Seidel

Chris Münster sieht sich zu Unrecht als Sündenbock und widerspricht: „Ich habe meine Befangenheit offengelegt, mich der Stimme enthalten und nicht mitdiskutiert.“ Auch die bloße Enthaltung sei mit der gebotenen Neutralität nicht vereinbar, kontert die Stiftung in einer Stellungnahme auf der Webseite. Münster und Sommerfeld prüfen Widerspruch gegen den Bescheid.

Was die Stiftung nicht erwähnt: einen Brief mit 160 Unterschriften, der Sommerfeld und zwei ihrer Gäste in der Gesprächsreihe (Shir Hever/Fanny-Michaela Reisin) Antisemitismus unterstellt. Weil sie eine Verbindung zum vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften Verein „Jüdische Stimme“ hätten.

Wer den Brief mit bundesweit eingesamelter Unterstützung initiiert hat, ist unklar. Unterschrieben hat ihn Ruth Röcher, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz. Die Stiftung wird aufgefordert, die Förderung zurückzuziehen. Im Verteiler waren der Zentralrat der Juden, die Vorsitzenden des Tacheles-Jahr-Kuratoriums, darunter Landtagspräsident Alexander Dierks (CDU) aus Chemnitz, der sächsische Staatsbeauftragte für jüdisches Leben, etc.



„Deutschland mordet mit“, eine Arbeit von Luke Carter auf dem Streetart-Festival Ibug 2025 in Chemnitz, war ein Grund, weshalb die Macher der Schau unter Antisemitismusrwürfen gerieten. Sie konnten mit wissenschaftlicher Expertise widerlegen. Foto: Hendrik Schmidt/dpa/Archiv

Die Kulturstiftung dementiert einen Zusammenhang zwischen Förderrücknahme und Antisemitismusrwurf. Sie weist den Vorwurf des vorgeschobenen

Verhinderungs-Grundes zurück. Den erheben Sommerfeld und Münster.

Sabine Wolfram steht hinter Sommerfeld. Die Smac-Museumsdirektorin saß wie Münster in der Jury der Kulturstiftung, die über die Förderanträge beriet. Der Befangenheitsvorwurf sei nicht ganz von der Hand zu weisen, sagt sie. Allerdings sieht sie eher den politischen Druck, den der Brief ausgelöst habe, ursächlich für den Knatsch.

Landtagspräsident Alexander Dierks verweist auf die formalen Gründe und will sich öffentlich nicht dazu einlassen. Christoph Dittrich, Theater-Chef in Chemnitz, antwortet ebenso. Dittrich ist Präsident der Kulturstiftung, sitzt wie Röcher und Dierks auch im Kuratorium fürs Tacheles-Jahr.

Es ist nicht das erste Mal, dass konservative jüdische Kreise Nirit Sommerfeld unter dem Vorwurf des Antisemitismus aus der öffentlichen Debatte drängen. Von der AG Friedenstag war sie 2025 als Rednerin für den 5. März eingeladen und auf Druck von außen wieder ausgeladen worden. 2025 gerieten auch die Veranstalter des Ibug-Festivals ins Visier, weil die Werke einiger Künstler angeblich antisemitisch waren. Die Veranstalter holten wissenschaftliche Gutachten ein, konnten den Vorwurf widerlegen.

In Sommerfelds Fall bleibt die Frage, ob die Antisemitismusvorwürfe inhaltlich geprüft wurden, offen. Man habe Gespräche geführt und sei dabei auf die Befangenheit gestoßen, heißt es. (suki)

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG